

Danzig, 15. März 1875.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 13. März.

Etat des Kultusministeriums Kap. 126: Kunst und Wissenschaft. Zu Tit. 1: Zuschuß für die Akademie der Künste und die damit verbundenen Anstalten: 342,066 M (gegen das Vorjahr 104,766 M mehr) beantragt die Budgetcommission: die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen: 1) daß die Zahl der gewählten Mitglieder im Senat, namentlich in der Section für Tonkunst, verstärkt werde und auch die Kunst- und Musikgelehrten aus Wahlen der Sectionen hervorgehen; 2) daß zu dem Unterrichte in der Künstlerische und in den Meisterateliers auch Schülerinnen zugelassen werden. — Referent Birchow: Während bisher die Regierung scheinbar planlos mit den Kunstinstituten in die Zukunft steuerte, hat sie diesmal ein provisorisches Statut der Akademie der Künste vorgelegt. In der Budgetcommission fand es allgemeine Billigung, daß die Regierung nicht gleich feste Normen vorschlägt, sondern auf der Basis des Bestehenden ein Provisorium einrichtet, so daß es möglich ist, irgend welche jetzt etwa bestehende fehlerhafte Institutionen zu corrigiren. Die Commission ist der Ansicht gewesen, daß bei einer künftigen definitiven Organisation auch die Mitwirkung der Landesversammlung in Anspruch zu nehmen sein wird. Referent erörtert darauf den Organisationsplan, an dem er mehrere Ausstellungen hat; so hält er die in dem Punkt 1 der Resolution verlangte vermehrte Vertretung der Tonkunst im Senat für erforderlich; nicht gerechtfertigt ist es, daß man für die Aufnahme der Schüler die Qualifikation zum einjährigen Militärdienst für erforderlich erklärt hat, wenn man schon ein gewisses Maß allgemeiner Bildung fordern muß. Eine ungerechtfertigte Beschränkung ist es, wenn diese Lustspielige Organisation bloß dem männlichen Geschlechte zugänglich wäre; an der Hochschule für Musik wird die Möglichkeit der Zulassung von Schülerinnen reichlich benutzt. An der Hochschule für bildende Künste war nach dieser Richtung hin noch keine Fürsorge getroffen, trotzdem das Bedürfnis ein überaus großes war. Es wäre notwendig, daß die Regierung bei Zeit Rücksicht nimmt, alle Einrichtungen so zu treffen, daß auch Schülerinnen Zulass finden können. Diese Mahnung schien um so notwendiger, als die Regierung damit umgeht, neue bauliche Einrichtungen für die Akademie herzustellen; es wird dabei notwendig sein, auf ein größeres Contingent von Schülern zu rechnen, als bisher der Fall war. — Reg.-Comm. Prof. Schöne: Gegen die zweite Resolution hat die Regierung keinen Widerspruch zu erheben, bei der Hochschule für Musik ist ja auch das weibliche Element in großem Maße zugelassen. Wie weit dies bei der Akademie der bildenden Künste sich thun lassen wird, wird von praktischen Verhältnissen, von Localfragen und von dem Unterrichtspersonal abhängig sein. Die erste Resolution empfiehlt aber der Regierung abzulehnen, da es bis jetzt noch an jeder praktischen Unterlage fehlt, um den darin ausgedrückten Wünschen entsprechen zu können. — Abg. Dunder: Für fünf Meisterateliers sind 30,000 M

ausgesetzt; bis jetzt ist aber nur Knaus berufen, der aber noch kein eingerichtetes Atelier hat. Die Beratungen sind schwierig, weil die dafür ausgesetzten Mittel zu gering sind; Knaus selbst hat angenommen, weil es ihm, der als anerkannter Meister große Einnahmen hat und der in Berlin zu leben wünscht, auf hohes Gehalt nicht gerade ankommt. Dagegen sollen die Verhandlungen mit einem berühmten Landschaftsmaler an der Unzulänglichkeit der Gehaltsofferten scheitern sein. Für den Director der Künstlerische sind nur 4500 M ausgesetzt, und er müßte doch besser gestellt sein, als jeder Vorstand der Meisterateliers. — Reg.-Comm. Schöne: Es war die Absicht, einen der Vorsteher von Meisterateliers zugleich zum Director der Künstlerische zu ernennen, der alsdann beide Gehälter beziehen würde. Die erwähnten Verhandlungen mit dem Landschaftsmaler haben sich nach dessen Erklärung nicht aus pecuniären Rücksichten zerfallen, sondern die Gründe seiner Ablehnung lagen in seiner gegenwärtigen Position, von der er sich nicht trennen will. — Der Tit. 1 wird angenommen, die erste Resolution abgelehnt, die zweite angenommen.

Zu Tit. 6: Zuschüsse für die Kunstmuseen in Berlin 31,809 M. bemerkt Referent Birchow: Erst der im vorigen Jahre an die Staatsregierung gerichteten Aufforderung, die Verhältnisse zwischen den Theilungsdirectoren und dem Sachverständigen-Collegium zu ordnen, ist dies bis jetzt nicht geschehen. Es heißt sogar, daß der Generaldirector seinen Abschied gefordert hat und diese Stellung fortan als bloße Hofstellung angesehen werden soll. Es erscheint deshalb notwendig, die Regierung an die vorjährige Resolution zu erinnern. — Abg. Biesenbach wünscht als Erlaß für die durch die Kriegsergebnisse von 1805 nach München gelangte Düsseldorf Gemäldesammlung, daß in den nächsten Etat ein Posten aufgenommen werde, um allmählich einen Fonds zur Beschaffung einer der Düsseldorfer Akademie würdigen Gemäldesammlung zu schaffen. — Abg. Lehfeldt macht auf die fernere gefährliche Unterbringung der Bilder im Berliner Museum aufmerksam, welche zwischen Holz und Kattung eng bei einander hingen. Er empfiehlt einen Neubau der Bildergalerie, bittet, am alten Museum zu Ehren Schinkels nichts zu ändern, sondern später darin die Antiken auszubringen. — Abg. Dunder wünscht, daß der an Sonntagen auf Anregung von Frau Fanny Rembold gestattete Zutritt zu den Museen sich nicht auf die kurze Zeit von 12—2 Uhr beschränken, sondern wenigstens auf die Zeit von 11—4 Uhr erstrecken möge.

Bei Tit. 10 (Zuschüsse für Kunst- und wissenschaftliche Anstalten, Sammlungen und Vereine) will Abg. Ostendorff die jegige eine Prüfung der Candidaten des höheren Schulamts in zwei zerlegt wissen, eine wissenschaftliche nach Beendigung des akademischen Studiums, und eine zweite über die praktische pädagogische Befähigung nach Verlauf einer gewissen Zeit. In der Zwischenzeit müsse sich der Candidat in einem pädagogischen Seminar ausbilden; die Zahl der jetzt bestehenden reiche nicht aus und müsse erhöht werden. Er hofft eine befriedigende Lösung dieser Frage bei dem in Aussicht stehenden Unterrichtsgesetz.

Die Etatsberathung wird an dieser Stelle durch Verlesung des folgenden Schreibens des Abg. Wolff (Köln) an das Präsidium unterbrochen: „Zu Folge Mittheilung meiner Familie drang am gestrigen Tage ein Polizeicommissar in Beisehung zweier Schörsleute in meine Wohnung zu Köln, um im Auftrage des Staatsprocurators zu Köln nach einer Dankadresse an den heiligen Vater Hausfuchung zu halten. Diese Hausfuchung fand statt und wurden die von mir bewohnten Zimmer der ersten Etage durchsucht, aber nichts gefunden, da meiner Familie von einer solchen Adresse nichts bekannt war. Ich halte eine solche Hausfuchung zu einer Zeit, wo meine Pflicht als Abgeordneter meine Anwesenheit in Berlin erfordert, als im Widerspruch stehend mit den Bestimmungen und dem Geiste der Verfassung, welche die Abgeordneten während der Ausübung ihres Mandates gegen derartige Maßregeln schützen will. Ich beehre mich deshalb, den Antrag zu stellen, Ew. Hochwohlgeboren wollen das Erforderliche veranlassen, um die verfassungsmäßigen Rechte des Hauses zu schützen.“ — Präsidium v. Bennigsen: Der Art. 84 der preussischen Verfassung bestimmt: „Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, auch wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages nach derselben ergriffen wird. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer und eine jede Untersuchung oder Cwilhaft wird für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt.“ Nach der Mittheilung, die mir seitens des Abg. Wolff zugegangen, kann es allerdings zweifelhaft sein, ob eine eigentliche Untersuchung hier vorliegt. Ich halte jedoch auch abgesehen von dieser Frage dieses Vorgehens auf Grund der Mittheilung für geeignet, um die Justizcommission des Hauses zu beauftragen, das tatsächliche Verhältniß unter Zuziehung eines Commissars der Regierung festzustellen und dem Hause schleunigst darüber Bericht zu erstatten. Ich gebe dem Hause anheim, das Schreiben dieser Commission zur mündlichen Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen des Hauses zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die Etatsberathung wird hierauf fortgesetzt. Cap. 127 lautet: „Cultus und Unterricht gemeinsam.“ In Tit. 3 wird zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse und Lehrer die Summe von 3,411,500 M verlangt. Die Commission beantragt, den Tit. 3 zu bewilligen, demselben jedoch den Vermerk hinzuzufügen: aus dem zur Verstärkung dieses Fonds hinzutretenden zwei Millionen M das Jahreseinkommen der bereits 5 Jahre im Amt befindlichen Geistlichen in evangelischen Pfarren auf 2400 M, in katholischen auf 1800 M jährlich zu erhöhen. Der Ueberrest ist zu Zulagen für Geistliche von einem Einkommen unter 2700 resp. 3000 M zu verwenden. Diese Gehaltserschöbungen und Zulagen sind jeder Zeit widerruflich und gewähren dem Empfänger keinerlei rechtliche Ansprüche.

Ref. Wehrenpennig: Der Cultusminister

hat diese Bewilligung den Geistlichen zunächst auf 10 Jahre als jährliche Zulage gewährt. In der Commission wurde ausdrücklich constatirt, daß durch diese Frist in keiner Weise der Charakter und das Recht unserer alljährigen Etatsbewilligung alterirt werden sollen. Der Minister hat später den Geistlichen ausdrücklich mitgetheilt, daß dieser Bedürfniszuschuß von der jährlichen Bewilligung des Abgeordnetenhauses abhängig. Nach der uns zugegangenen Nachweisung beziehen von den 8400 evangelischen Geistlichen des Staates 3167 ein Gehalt unter 800 M; und diesen würde also durch die vorgeschlagene Maßregel zunächst geholfen werden. Es existiren aber außerdem 1682 weisliche, die zwar mehr als 800, aber weniger als 1000 M Gehalt haben, und auch diese würden, wenn unter Vorschlag angenommen wird, eine entsprechende Gehaltszulage erhalten können. Man hat gegen unseren Staat von gewisser Seite den Vorwurf geschleudert, daß er ein heidnischer, unchristlicher Staat sei, daß er nichts wissen wolle von Religion und Christenthum. Durch diese Maßregel werden solche Vorwürfe als vollkommen haltlos und unwahr erwiesen.

Abg. Dunder: Ich muß gegen diese Mehrforderungen für Geistliche stimmen. In der Sitzung vom Mai 1872 äußerte sich Fürst Bismarck wörtlich: „Ich kann für die Regierung nur den Standpunkt wahren, daß man von der Regierung eines paritätischen Staates nicht verlangen kann, sie solle confessionell nach irgend einer Richtung aufstreten; das kann eine Regierung nur dann, wenn sie eine Staatsreligion hat, wie wir sie nicht haben.“ Hier ist also von dem Leiter unseres Staatswesens amtlich constatirt, daß wir eine Staatsreligion nicht haben. Der Staat hat keinerlei Verpflichtung, den Angehörigen der verschiedenen Confessionen Mittel für ihre Cultuszwecke zur Verfügung zu stellen. Hier handelt es sich übrigens nur um die evangelische und katholische Confession. Wo bleibt da die Gerechtigkeit gegenüber den Juden, Memoniten, Altkatholiken u. s. w.? Die Maßregel der Regierung ist ferner ein harter Schlag gegen die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche. Diese kann nur gefördert werden durch Selbstbesteuerung ihrer Mitglieder, aber nimmermehr durch Unterstützung aus Staatsmitteln.

Abg. Richter (Sangerhausen): Die Maßregel der Regierung beruht auf einer gesetzlichen Verpflichtung gegen die Geistlichen. Der Staat hat 1810, als er die Kirchengüter übernahm, sich ausdrücklich zu einem auskömmlichen Gehalt der Geistlichen verpflichtet, und wir müssen demgemäß die hier geforderten Mehrforderungen bewilligen.

Cultusminister Fall: Die Regierung legt ein sehr bedeutendes Gewicht auf die Annahme der hier neu geforderten Summen. Mir selbst liegt diese Bewilligung ganz besonders am Herzen. Ich wünsche deshalb die Gesichtspunkte, welche die Staatsregierung bei ihrem Vorschlage geleitet haben, Ihnen des Näheren darzulegen, muß aber zu meinem Bedauern bemerken, daß ich mich heute körperlich dazu anher Stunde fühle.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich werde gegen diese Position stimmen. Ich betrachte diese Forderung der Regierung nicht als eine Manifestation, daß der Staat noch kirchlich sein wolle, sondern allerhöchstens als den Versuch ein Geldpflaster auf die schweren Wunden zu legen, welche der Staat beiden Kirchen geschlagen hat. (Sehr wahr! im Centrum.) Ueberhaupt muß ich sagen, daß hier im Etat wie auch sonst die Manipulation des Geldes und des Geldpunktes in den kirchlichen Dingen mir sehr bedenklich wird und daß ich dabei lebhaft an gewisse Silberlinge erinnert werde. (Oho! links Sehr richtig! im Centrum.) Ein natürlicher Grund für den hier gemachten Unterschied in den Gehältern der evangelischen und katholischen Geistlichen ist mir ganz unerfindlich. (Auf: das Eölibat!) Sie haben durch das Reichs-Civilgesetz für den Staat alle Eimereisse beseitigt, die in Bezug auf das Eölibat bestanden. Der Staat kann also auf das Eölibat keine Rücksicht nehmen, und so wenig wir bei den Gehältern der Staatsbeamten einen Unterschied machen zwischen verheirateten und unverheirateten Staatsdienern, eben so wenig darf das hier geschehen.

Abg. Birchow: Nach der uns zugegangenen Nachweisung beziehen die 3400 evangelischen Geistlichen im Staat ein Gesamteinkommen von über 26 Millionen Mk., das würde durchschnittlich für jeden 3106 Mk. ausmachen. Es giebt aber 2451 Geistliche, welche allein den Bismantheil, nämlich 11,932,000 Mk. also fast 12 Millionen an Gehalt für sich in Anspruch nehmen und daher kommt es, daß die übrigen vielfach in unauskömmlicher Lage sind. Ich persönlich muß mich unter allen Umständen gegen diese Mehrforderungen für Geistliche erklären, weil ich der Ansicht bin, daß der Staat keinerlei Verpflichtung hat, für rein kirchliche und confessionelle Interessen in solchem Umfange die Mittel der Gesamtheit zu verwenden. Da ich mich aber nicht dem Verdacht aussetzen will, als wollte ich dem Cultusminister Schwierigkeiten bereiten, so werde ich dennoch für diese Forderung der Regierung stimmen. (Ah! Heiterkeit im Centrum.)

Abg. Miquel: Die Bewilligung kann aus irgend einem formalen Rechte irgend einer Kirche nicht hergeleitet werden. Aber die Geschichte des preussischen Staats in seinem Verhältnis zu den beiden großen Kirchen involvirt eine gewisse moralische Verpflichtung, ihnen zu helfen, wenn sie sich in Noth befinden.

Referent Wehrenpennig: Die Deduction aus der Einziehung des Kirchenvermögens von 1810 ist nicht zutreffend, denn das Vermögen von Pfarreien wurde damals nicht eingezogen. Der Abg. Windthorst meint, ich hätte nicht motivirt, weshalb die katholischen Geistlichen weniger bekommen sollten. Ich habe das für selbstverständlich gehalten; er wird ja doch auch wissen, daß ein gewisser reichlicher Segen auf unseren Pfarrhäusern zu ruhen pflegt, und dafür werden 200 Thlr. doch nicht zu viel sein? Wenn er uns Veränderungen in Aussicht gestellt, so kann ich nur sagen, daß ich gern bereit bin 300 Thlr. zu gewähren, wenn das Eölibat von einzelnen beseitigt werden sollte; ich meinerseits würde noch eine Prämie hinzufügen, wenn der Abg. Windthorst es wünscht. (Heiterkeit.)

Persönlich bemerkt Abg. Windthorst (Meppen), daß er nichts in Aussicht gestellt habe; er habe nur gesagt, wenn das Eölibat nicht mehr vom Staate anerkannt werde, können auch daraus keine Folgerungen mehr gemacht werden. — Der Titel wird darauf mit dem von der Budgetcommission vorgeschlagenen Bemerkte angenommen; für denselben stimmen die vier dem Hause angehörenden Minister, die Geh. Räte Persius und Greiff; gegen den Titel stimmt das

Centrum und wenige Mitglieder der Fortschrittspartei, wie Dunder, Parisius, Richter (Hagen), Kimmert, Hagen u. A.

Zu Tit. 14: 1500 Mk. zur Unterstützung der Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Mission unter den Heiden, beantragt Abg. Parisius denselben zu streichen; er sei früher abgelehnt, die Gesellschaft habe geklagt und der Staat sei vom Obertribunal zur Zahlung verurtheilt; es habe sich aber seines Wissens bei der Klage nur um einen einmaligen Jahresbetrag gehandelt. Lassen sie die Gesellschaft noch einmal klagen, vielleicht hat das Obertribunal seine Ansicht geändert. — Der Posten wird ohne Aenderung mit sehr großer Mehrheit genehmigt.

Tit. 15 fordert „zur Entschädigung der Geistlichen und Kirchenbeamten für den Ausfall von Stollgebühren“ 500,000 Mk. Die Budget-Commission beantragt der Ueberschrift hinzuzufügen: „nach Maßgabe des § 54 des Gesetzes vom 9. März 1874“. Dieser Zusatz wird angenommen und der Titel gegen die Stimmen des Centrums genehmigt. — Referent Wehrenpennig macht auf eine Petition aufmerksam, die von den Gemeindefürsprechern Berlin's ausgeht, die sich über den Ausfall der Stollgebühren für die Kirchenstellen beklagen, der so groß sei, daß den Geistlichen das Gehalt nicht mehr gezahlt werden könne. In der einen Diöcese sind 2081 Geburten, aber nur 1413 Tausen, also 67,9 Proc.; ferner 696 Eheschließungen und nur 117 kirchliche Trauungen, also 16,8 Proc.; in einer zweiten 3226 Geburten, 1629 Tausen, also 50,4 Proc.; 1006 Eheschließungen und 158 Trauungen, also 15,7 Proc. Da die Regierung bereitwillig Zuschüsse in solchen Fällen leistet, so ist über die Petition kein weiterer Beschluß gefaßt worden.

Die Kapitel 128, Medizinalwesen, und Kapitel 129, Dispositionsfonds, werden ohne Debatte bewilligt und ist damit das Ordinarium erledigt. Um 4 Uhr wird die Berathung abgebrochen, um um 7 Uhr Abends zu Ende geführt zu werden.

Abend Sitzung.

Einmalige und außerordentliche Ausgaben des Cultusministeriums; Tit. 1. Zum Bau eines Campo santo am Dom in Berlin erste Rate 600,000 Mk. Abg. Lipke beantragt unter Abziehung dieser Summe die Vorlegung eines besonderen Gesetzes, die Begründung desselben durch einen ausgearbeiteten Plan nebst Kostenanschlag und die Führung des Nachweises, daß der monumentale Charakter des unter „Schonung“ (Birchow beantragt statt dieses Wortes; unter „Aus-schluß“) des bestehenden Domes fertig zu stellen des Gebäudes gewahrt wird; ferner die Urkunden vorzulegen, aus denen hervorgeht, daß für den Fall der Ausführung des Baues das Eigentumsrecht an dem Baugrunde und den darauf befindlichen und noch zu errichtenden Baulichkeiten im staatlichen Interesse geregelt ist. Abg. Miquel u. Gen. beantragen, über den Antrag Lipke zur Tagesordnung überzugehen. Die Budgetcommission, in deren Namen Abg. Birchow referirt, hat sich mit der Bewilligung der 600,000 Mk. und dem von der Staatsregierung vorgelegten Plan einverstanden erklärt. Der Bau des Campo santo würde 3,078,600 Mk. kosten, nachdem bereits ungefähr 871,000 Mk. verbaut sind. — Für den Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Lipke spricht Abg. Wehrenpennig: Es sei eine Frage des Falles in der Angelegenheit des Campo santo, die Vorschläge der Stelle, von der sie ausgehe, zu berücksichtigen, zumal ihre Annahme durchaus keine Verpflichtung zum Bau eines neuen Domes involvirt und die Verthei-

lung der Staatsregierung, daß der Baugrund ihr gehört, keiner besonderen Beurkundung bedarf, wie er ja thatsächlich Staatseigenthum ist bis auf eine kleine Spanne Raum, die der Domgemeinde gehört. — Abg. Lipke ist durchaus kein Gegner eines zu erbauenden Campo Santo, im Gegentheil will er mehr darauf verwenden, als der Abg. Wehrenpennig vielleicht gewähren wird; aber er glaubt das Project nicht herabzusetzen, sondern zu ehren, wenn er für dasselbe eine gesetzliche Basis verlangt, wozu er um so mehr berechtigt ist, als es sich nicht bloß um eine Fürstengruft, sondern um eine Begräbnisstätte für ausgezeichnete Männer der Nation handelt. Der Besitztitel in Betreff des Baugrundes bedarf der Begründung und der monumentale Charakter des Baues der Sicherstellung, damit nicht ein Flickwerk zwischen der alten Kirche und dem Dome eingeschoben werde. Diese Gefahr liegt sehr nahe, denn Friedrich Wilhelm IV. hat den Gedanken des Campo Santo nur in Verbindung mit dem Bau eines neuen Domes gefaßt, niemals unabhängig von demselben, so daß auch jetzt die Vermuthung kaum abzuweisen ist, als rechne die Regierung darauf, daß die Bewilligung für das Campo Santo von selbst zum Bau eines neuen Domes führen werde. — Der Antrag Lipke wird mit großer Mehrheit abgelehnt; dafür stimmt fast nur die Fortschrittspartei. — Abg. Poewe will statt des Ausdrucks Campo Santo der Bezeichnung „Begräbnisstätte des preussischen Königshauses“ den Vorzug geben und mit dieser Aenderung, die vom Ministerrath adoptirt wird, wird die erste Rate von 600,000 Mk. bewilligt, nachdem Windthorst (Meppen) im Namen des Centrums erklärt hat, daß dasselbe für die Bewilligung stimmen und die Ausführung des Baues lediglich dem Königshause überlassen wird. — Gegen die Bewilligung stimmen Birchow, seine politischen Freunde und Abg. Lipke.

Tit. 4—48 (Universitäten). Anlässlich der Berliner Universität beantragt die Budgetcommission: die Staatsregierung erneut und bringen aufzufordern, einen geordneten Plan für den Neubau der großen Staatsanstalten für Wissenschaft und Kunst in Berlin aufstellen zu lassen und bei der Berathung des nächsten Etats vorzulegen, wobei namentlich die Akademie der Künste, das ethnologische Museum und die medizinischen Kliniken, das Gewerbemuseum und die Räume für Kunstausstellungen in Betracht zu ziehen sind. Dabei ist eine nahe Zusammenlegung der verwandten Anstalten und die Möglichkeit künstlicher Erweiterungen in's Auge zu fassen. Dr. Dohrn will in die Resolution auch das „naturwissenschaftliche Museum“ aufnehmen und dafür die für dasselbe geforderte erste Rate von 150,000 Mk. streichen. — Geh. Rath Greiff widerspricht diesem Antrage, weil er praktisch schwer durchzuführen sei; er verspricht aber, daß Seitens der Regierung bei jedem besonderen Bauprojecte die in diesem Antrage aufgestellten Gesichtspunkte Beachtung finden und jedesmal mit Rücksicht auf das vorliegende Project eingehend erörtert werden sollten. — Abg. Dr. Dohrn begründet seinen Antrag damit, daß er nicht dazu beitragen will, die naturwissenschaftlichen Sammlungen, wie das Project der Regierung dies zur Folge haben würde, von der Universität zu trennen. — Geh. Rath Goepfert empfiehlt die Bewilligung der ersten Rate, weil auch bei der Verlegung der naturwissenschaftlichen Sammlung immer noch Raum genug in der Universität bleiben würde, um eine kleinere für den Unterricht genügende Sammlung aufzustellen. — Referent Birchow weist darauf hin, daß die Universität gegen dieses Project oft genug protestirt habe. (Ör!) — Die erste Rate für das naturwissenschaftliche Museum wird bewilligt, der An-

trag der Budgetcommission angenommen. — Auch die übrigen Etats des Cultusministeriums werden bewilligt.

Etat des vormaligen kurfürstlich hessischen Hausfideicommisses für 1875. Die Budget-Commission beantragt, denselben zu genehmigen und schlägt hinsichtlich der Petition des Landgrafen Ernst von Hessen-Philippsthal u. Gen. vor: „in Erwägung, daß den etwaigen Rechtsansprüchen der Petenten nach der Erklärung der Staatsregierung und nach der Meinung des Hauses durch Genehmigung des vorgelegten Nachtragesatzes in keiner Weise präjudicirt wird,“ geht das Haus über die Petition zur Tagesordnung über. — Referent Hammacher empfiehlt diese Anträge, weil sowohl die Regierung als auch die Budgetcommission aus dem juristischen Gutachten die Anschauung gewonnen, daß gute Gründe dafür sprechen, daß dieser Hausfideicommiss Eigenthum des preussischen Staates sei. — Abg. Windthorst (Meppen) theilt die Rechtsanschauung der Regierung nicht, bebauet aber, dieselbe nicht ausführlich widerlegen zu können, weil ihm bei der kurzen Zeit das Material nicht genügend zugekommen sei. (Abg. Wehrenpennig: Gott sei Dank! Heiterkeit.) — Geh. Rath Michelli: Sollten die Aunaten der jüngeren Linie in dem rechts-hängigen Proceß auch ein obstehendes Erkenntnis erlangen, so steht es doch noch in sehr weiter Ferne, ob sie jemals der älteren Linie succediren, die durch ihren Vertreter, den Landgrafen Friedrich, der der nächste successionsfähige Erbe ist, anerkannt hat, daß das Fideicommiss Eigenthum des preussischen Staates sei. — Das Haus tritt den beiden Anträgen der Budget-Commission mit großer Mehrheit bei.

Ein zweiter Nachtrag zum Staatshaushalt, der verschiedene einmalige Ausgaben im Etat der Domänen- der Forstverwaltung u. s. w. enthält, wird bewilligt. Schließlich wird das Etatsgesetz selbst vorbehaltlich der Feststellung der Zahlen im § 1 genehmigt und ist damit die zweite Berathung des Staatshaushalts beendet. — Nächste Sitzung Montaa.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 11. März. (M. Loewenberg.) Gute und beste Marken schottisches Roheisen 5,50—6,50 Mk. und englisches 4,20—4,40 Mk. pro 50 Kilogramm. — Eisenbahnschienen zum Verwalzen 5,40 bis 5,60 Mk. Walzisen 11,50—12 Mk. und Resselbleche 14,25 bis 16,50 Mk. pro 50 Kilogr. — Gute und beste Sorten englisches und australisches Kupfer 93,50—98 Mk. pro 50 Kilogr. — Zinn: Banca 100—101 Mk. u. prima engl. Lamm 97—98 Mk. pro 50 Kilogr. — Blei: Tarnowitzer, Carzer und sächsisches 23 bis 23,50 Mk. pro 50 Kilogr. — Gute und beste Sorten schlesisches Sülzen-Zinn 24,25—25,50 Mk. pro 50 Kilogr. — Engl. Schmelz-Kohlen nach Qualität bis 84 Mk. Coals 70—75 Mk. pro 40 Hect., schlesischer und westfälischer Schmelz-Coals 1,60 bis 2,25 Mk. pro 50 Kilogr. frei hier.

Königsberg, 13. März. (Spiritus.) Wochen-Bericht (v. Portatius u. Grothe.) Das Geschäft war wieder sehr lustlos und abgesehen von Loco-Waare, welche für den augenblicklichen Bedarf gekauft wurde, waren Umsätze auf Termine unbedeutend. Loco behang 55½ bis 55 Mk., Frühjahr 58, 57¼ Mk., Mai-Juni 58¼ Mk., Juni 60¼, 60¼, 60 pro 10,000% ohne Faß.

Gesetz, 13. März. Weizen pro April-Mai 184 50 Mk., pro Mai-Juni 184 50 Mk. — Roggen pro April-Mai 145,50 Mk., pro Mai-Juni 142,00 Mk. — Rüböl 100 Kilogr. pro März-April 52 50 Mk., pro April-Mai 52,50 Mk., pro September-October 55 75 Mk. — Spiritus loco 55,70 Mk., pro März 57,20 Mk., pro April-Mai 59,00 Mk., pro Juni-Juli 59,00 Mk.